



Bundestagsfraktion

WÖRLITZER ERKLÄRUNG 2003

Reformen für die Zukunft

Für eine nachhaltige und gerechte Politik der Erneuerung

Bündnis 90/Die Grünen sind die Partei der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit. "Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt" war einer der ersten Slogans mit denen wir angetreten sind. Er ist heute aktueller denn je. Das gilt neben der Ökologie in gleicher Weise für die Haushalts und Finanzpolitik, für die Zukunft der Sozialsysteme, für eine kinderfreundlichere Gesellschaft, für eine zukunftsweisende Bildungspolitik, für eine verantwortungsvolle Gestaltung der Zuwanderung und für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung.

Im Jahr 2003 kommt es darauf an, unter schwierigen ökonomischen und außenpolitischen Bedingungen das Land zukunftssicher zu machen und entsprechende Reformen einzuleiten. Wir wollen Reformen, die die demokratischen und sozialen Errungenschaften unseres Landes erhalten, die Freiheit und Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger stärken und die Verantwortung des Einzelnen und die Verantwortung des Staates in ein neues Gleichgewicht bringen. Unseren Maßstab der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit werden wir auch in dieser schwierigen Situation verteidigen. Ein Mehr an Gerechtigkeit wird es nur geben, wenn auch bestehende Besitzstände in Frage gestellt werden. Das gilt auch für die internationale Gerechtigkeit.

Staat mit neuen Aufgaben: Solidarität unter mündigen Bürgern

Der Staat muss in der jetzigen Umbruchsituation seine Aufgaben neu definieren. Es geht in der nächsten Zeit um nicht weniger, als um die Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Die bisherige Absicherung klassischer Lebensformen und Interessengruppen hat mit der sozialen Realität in unserem Land nur noch wenig zu tun. Weniger und nicht mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ist das Ergebnis. Aufgabe des Staates ist es heute, Bedingungen für Gerechtigkeit unter den neuen Herausforderungen des angehenden 21. Jahrhunderts zu schaffen. Unser Ziel ist die Solidarität unter mündigen Bürgern. Wir wollen Teilhabe ermöglichen, Kreativität freisetzen, Chancen eröffnen und Sicherheiten im Sozialen gewährleisten, wo individuelle Möglichkeiten versagen. Es geht um einen Umbau, der zwischen Solidarität und Entmündigung, zwischen sozialer Sicherheit und bloßer Besitzstandswahrung unterscheidet. Der Staat soll sich nicht blind zurückziehen, sondern an den neuen Notwendigkeiten orientieren, damit alle eine faire Chance zu Teilhabe erhalten. Für den Einzelnen kann das Einschnitte bedeuten, die aber mit neuen Möglichkeiten und neuen Freiheiten verbunden sein müssen.

Ehrliche Politik wird am Beginn dieses Jahres keine großen Versprechungen machen. Wenn uns die notwendige Neuordnung des sozialen Zusammenhalts gelingen soll, werden viele in unserer Gesellschaft einen Beitrag leisten müssen, wenngleich gilt, dass von den Starken mehr als von den Schwachen verlangt werden wird. Eine moderne Sozialpolitik muss insbesondere diejenigen im Blick haben, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Reformen müssen geeignet sein, wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklungen anzuregen und zu befördern. Ihr Ziel muss es aber sein, auch in wirtschaftlich und konjunkturell schwierigen Zeiten die sozialen Systeme zu stabilisieren. Erst dann können Bürgerinnen und Bürger wirklich mit Sicherheit und Absicherung rechnen. Der notwendige Umbau kann für den Einzelnen auch neue Chancen, bieten, ein Mehr an Lebensqualität, an Orientierung, an Nachhaltigkeit von Produkten und Lebensweisen. Dieses Mehr zu entdecken bleibt jedoch individuelle Möglichkeit und ist nicht von der Politik vorzugeben.

Reformallianz mit den Bürgerinnen und Bürgern

Wir können bei unseren Reformplänen auf den Reformwillen einer großen Mehrheit der Bevölkerung setzen. Anders als einige Verbände und Interessengruppen wissen die Menschen in Deutschland heute, dass es soziale Sicherheit in Zukunft nicht ohne Wandel und Veränderung geben wird.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen Reformen, denn sie wissen, dass diese in ihrem eigenen Interesse liegen. Sie wissen auch, dass die Reformen der Sozialsysteme, des Arbeitsmarktes und des Gesundheitssystems auch individuelle Opfer verlangen, ohne dass sie Existenzängste bekommen müssen. Zudem wollen die Bürgerinnen und Bürger die notwendigen Veränderungen aktiv mitgestalten. Dafür braucht es Freiräume für Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Kreativität auf der einen und Absicherung von Risiken auf der anderen Seite. Der Staat muss also seine Bürger nicht aktivieren, sondern ihnen Aktivität ermöglichen – die sie längst bereit sind zu erbringen. Die Zeit ist reif für eine Reformallianz mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Gerechtigkeit durch Teilhabe und Selbstbestimmung

Grüne Politik sieht sich in der Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft, die auch den Schwächsten faire Teilhabe und ein Leben in Selbstbestimmung ermöglicht. Wer Gerechtigkeit will, muss für Reformen kämpfen. Die unsichere weltwirtschaftliche Entwicklung und schwache Binnenkonjunktur verschärfen die vorhandenen Probleme am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen weiter. Das zeigt deutlich, dass wir soziale Sicherung und Beschäftigung konjunkturunabhängig stabilisieren und gleichzeitig das Haushaltsdefizit senken müssen. Deshalb bleibt die Haushaltskonsolidierung Orientierungsmarke einer Politik, in der es nicht mehr um die Verteilung von Zuwächsen, sondern um Absicherung des gerechterweise Notwendigen und um die Ermöglichung von Zukunftsinvestitionen geht.

Gerechtigkeit heißt für uns gerechte Zugänge zu Arbeit. Diese Zugänge müssen wir durch eine entschlossene Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik weiter öffnen. Wir orientieren unsere Politik am Ziel der Geschlechtergerechtigkeit. Gerechtigkeit heißt für uns Teilhabe an der Erwerbsarbeit und an Aufstiegschancen für Frauen und Männer und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Gerechtigkeit heißt auch, dass Kinder kein Armutsrisiko sein dürfen: Deshalb wollen wir durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung Familien mit niedrigen Einkommen unterstützen und Anreize zur eigenen Erwerbstätigkeit setzen. Gerechtigkeit heißt für uns gerechten Zugang zu Bildung; ohne eine neue Bildungsoffensive, ohne eine faire und individuelle Bildungsbeteiligung gibt es keine soziale Teilhabe: Deshalb wollen wir Bildung und Ausbildung für alle möglich machen ein Leben lang. Gerechtigkeit heißt für uns Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit: Deshalb müssen wir der demografischen Entwicklung ehrlich Rechnung tragen und die Sozialversicherung auf ein Neues nachhaltiges Fundament stellen. Gerechtigkeit heißt für uns Freiheit und Selbstbestimmung für alle: Deshalb brauchen wir mehr Transparenz und Verständlichkeit, und weniger entmündigende Bürokratie.

Rente zukunftssicher gestalten

Die Sozialsysteme müssen dem veränderten Altersaufbau der Gesellschaft und den neuen Ansprüchen an das Leben im Alter gerecht werden. Sie müssen auf eine veränderte Arbeitswelt reagieren und den Erfordernissen, die durch Individualisierung und Globalisierung entstehen Rechnung tragen. Vor allem die Koppelung der Beitragszahlungen an die Erwerbseinkommen aus unselbstständiger Arbeit wirkt sich ungünstig auf die Lohnnebenkosten aus. Die alleinige Finanzierung der sozialen Sicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteuert den Faktor Arbeit und schadet der Beschäftigung. Konjunkturelle Schwankungen führen automatisch zu Einnahmeeinbußen in den sozialen Sicherungssystemen. Ziel von Strukturreformen muss deshalb eine Senkung der Lohnnebenkosten sein.

Die Alterssicherung der Zukunft muss auf drei Säulen ruhen: einem umlagefinanzierten, einem kapitalgedeckten (betriebliche und private Altersvorsorge), einem steuerfinanzierten Anteil. Die Ökosteuer ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Sie verlagert die Kosten vom Faktor Arbeit auf den Ressourcenverbrauch, ist gut für die Umwelt, schafft neue Arbeitsplätze und fördert Innovationen.

Für den umlagefinanzierten Teil wäre das System einer allgemeinen Bürgerversicherung die alle Einkommensarten und Berufsgruppen berücksichtigt, gerechter. Wir werden an den Fragen und Problemen der Realisierung einer Bürgerversicherung, sowie dem Übergang zu einem solchen System weiter arbeiten. Eigenvorsorge und Solidarität müssen in ein neues Verhältnis gesetzt werden. Die tatsächliche Lebensarbeitszeit muss verlängert, die veränderten Ausbildungszeiten berücksichtigt und die gegenwärtige Praxis der Frühverrentung beendet werden. Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden schon aus demographischen Gründen sinken und müssen deshalb mit stärker geförderter Privatsvorsorge

ergänzt werden. Auch die Rentnerinnen und Rentner von heute müssen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Systems leisten.

Bei den Reformen werden wir darauf achten, dass eine Benachteiligung von Frauen verhindert wird. In Deutschland ist es schon jetzt kaum möglich, den Lebensstandard im Alter allein mit der umlagefinanzierten Rente zu garantieren, wenn die Beiträge bezahlbar und gerecht bleiben sollen. Das wird in Zukunft erst recht nicht möglich sein. Deshalb wollen wir in den kommenden Jahren die kapitalgedeckte betriebliche und private Vorsorge für die Lebensstandardsicherung verstärken. Wir schlagen vor, die Idee eines steuerlich geförderten individuellen Altersvorsorgekontos weiter zu entwickeln. Wir wollen damit einen hohen Anreiz, für das Alter zu sparen, verbinden mit flexiblen Anlageformen, die den Anlegerschutz gewährleisten. Wir wollen durch eine Grundsicherung den Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung gewährleisten und den generativen Beitrag von Erziehenden noch stärker berücksichtigen.

Mehr Wahlfreiheit und Prävention für mehr Gesundheit

Ein Gesundheitssystem, das Versicherten und Patienten Wahlfreiheit lässt ist Voraussetzung für eine hohe Qualität der Versorgung. Ein System, das in Grund und Wahlleistungen unterscheidet, wird zu zwei Klassen von Versicherten und Patienten führen und wir lehnen es daher ab.

Wir wollen den qualitätsorientierten Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Statt ungünstige Risiken abzuwälzen, muss jede Krankenkasse die Möglichkeit haben, durch die Schaffung eines eigenen Qualitätsprofils konkurrenzfähiger zu werden.

Die Kassenleistungen gewährleisten auch weiterhin eine medizinische Versorgung aller Versicherten auf hohem Niveau. Innerhalb dieses Leistungskatalogs erhalten die Krankenkassen jedoch die Möglichkeit, ihren Versicherten spezielle Profile anzubieten (z.B. Präventionsprogramme, in denen individuell Risikoverhalten und gesundheitsförderliches Engagements berücksichtigt werden, Hausarztmodelle, Integrierte Versorgungsangebote mit beschränkter Arztwahl, Berücksichtigung von Naturheilverfahren), die auch mit dem Anreiz der Beitragssenkung verknüpft werden können. Durch die Investition in Vorbeugung können langfristig Kosten vermieden werden. Präventionsprogramme müssen auch außerhalb der medizinischen Institutionen gestärkt werden, um diejenigen zu erreichen, die den größten Bedarf haben. Gesundheitsaufklärung für Kinder und Jugendliche muss einen stärkeren Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen leisten.

Darüber hinaus können gesetzliche wie private Krankenkassen in Zukunft zusätzliche Pakete von Leistungen anbieten, die auch heute schon privat finanziert werden müssen (z.B. Chefarztbehandlung, Eigenanteil beim Zahnersatz).

Die Reform der Gesundheitsversicherung hat nur dann Zukunft, wenn die Versicherten aktiv mitwirken. Daher wollen wir die unabhängige Patientenberatung flächendeckend stärken. Das ist notwendig, damit die Patientinnen und Patienten ihre Behandlung kenntnisreich und aktiv unterstützen können. Die Transparenz gegenüber den Versicherten wollen wir durch Patientenquittungen erhöhen, die nach jedem Arztbesuch zugestellt werden. Wir wollen die Rechte der Patientinnen und Patienten weiterentwickeln und in einem Patientenschutzgesetz zusammenfassen.

Eigeninitiative und Absicherung im Arbeitsleben

Für die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt die Höhe der Lohnnebenkosten – vor allem für kleine und mittlere Unternehmen - zentral. Deswegen würde sich Reformzurückhaltung bei den Sozialsystemen auch negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken. Mit den Regelungen für Minijobs und IchAGs sind genau die Instrumente gefunden, die Eigeninitiative und Risikoabsicherung miteinander verbinden. Um Arbeitsplätze zu schaffen, bedarf es insbesondere einer Stärkung des Mittelstandes. Nur so werden Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt entstehen. Der Arbeitsmarkt muss weiter flexibilisiert werden, damit die, die Arbeit haben, experimentieren und sich entwickeln können. Diejenigen die keine Arbeit haben, müssen schnell die Möglichkeit zu Beschäftigung finden. Dazu gehört es, sich unterschiedlichen Anforderungen zu stellen und risikobereit für Neues zu sein. Dazu dient auch die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose, für die mindestens jeder zweite Euro anrechnungsfrei bleiben sollte. Dazu gehört aber zugleich die Absicherung in schwierigen Situationen. Unser Ziel ist es, allen Arbeitslosen ein Angebot zu machen und Brücken zu bauen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe wird dazu führen, dass auch Sozialhilfeempfänger an den Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit teilnehmen oder eine Beschäftigung in einer Personalserviceagentur erhalten können. Das soll auch für Personen gelten, die nicht Leistungsempfänger sind. Dem wird die Pflicht gegenüberstehen, solche Angebote auch anzunehmen.

Nachhaltige Entwicklung für mehr Generationengerechtigkeit

Eine zukunftsfähige Politik ist ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nicht denkbar. Zweifellos hat sich der Zustand der Umwelt in einigen Bereichen deutlich verbessert. Da aber, wo deutliche Veränderungen in Technologie, Lebensstilen und Institutionen erforderlich sind, stehen wir erst am Anfang. Ob Klimawandel, Schwund an biologischer Vielfalt, Flächenversiegelung, Überfischung der Weltmeere oder der Übernutzung endlicher Ressourcen: wir müssen den Naturverbrauch auf ein Maß zurückschrauben, das die Ökosysteme nicht überfordert. Die Energiewende ist eingeleitet, mit der Agrarwende wurde begonnen. Im Rahmen der WTO-Verhandlungen und in der EU werden wir uns für faire und gerechte Handelsbeziehungen zwischen armen und reichen Ländern einsetzen. Doch wir müssen mehr leisten. Wir wollen den eingeschlagenen Weg fortsetzen und auch ernst machen mit der Kreislaufwirtschaft, dem Hochwasserschutz, einer deutlich verbesserten Ressourceneffizienz und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen. So entstehen auch viele neue Arbeitsplätze in Technologieunternehmen, im Handwerk und bei Dienstleistern. Der neue Bundesverkehrswegeplan, der in diesem Jahr beschlossen wird, muss umweltverträglich und haushaltsehrlich sein sowie den weiteren Modernisierungsprozess des Schienenverkehrs unterstützen. Mit der Einführung der LKW-Maut werden wir mehr Chancengleichheit für den umweltfreundlichen Gütertransport per Bahn schaffen.

Die erneuerbaren Energien werden auch 2003 weiter ausgebaut und durch eine Exportoffensive gefördert. Wir werden das EEG novellieren. Deutschland wird auf Einladung des Bundeskanzlers eine große internationale Konferenz zur Förderung der erneuerbaren Energien ausrichten.

Bildungsvielfalt und Chancengleichheit

Das Bildungssystem muss den Anforderungen der modernen Gesellschaft gerecht werden. Die Chance auf umfassende Bildung ist ein elementares Recht, das jedem und jeder gewährleistet sein muss. Wir brauchen Reformen bereits im Kindergarten und im Vorschulbereich, um ein besseres interkulturelles Lernen zu ermöglichen. Dort wird die deutsche Sprache ebenso gelernt wie soziale Kompetenz im Umgang miteinander. Auch in den Schulen müssen Lerninhalte verändert werden. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen. Schulen müssen zu Lern- und Lebensorten werden und eine neue Wichtigkeit erhalten. Die Ganztagschulen sind dafür ein Beitrag. Die Förderung von Ganztagschulen muss so gestaltet werden, dass möglichst viele zusätzliche und qualitativ hochwertige Ganztagschulplätze entstehen. Neue innovative Konzepte einer umfassenden und ganzheitlichen Bildung für „Kopf, Herz und Hand“ müssen vor einer reinen Ausweitung des Unterrichts auf die Nachmittagsstunden stehen. Weiterhin hat jedoch die Wahlfreiheit Priorität und damit die Vielfalt schulischen Angebots. Eine Veränderung der Lerninhalte braucht es auch bei der beruflichen Ausbildung. Sie muss praxisorientierter werden, in Modulen organisiert und den Ansprüchen gerade des Mittelstandes gerecht werden.

Kinderfreundlichkeit und Wahlfreiheit

Deutschland ist immer noch kein kinderfreundliches Land. Auch bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weit hinter der Entwicklung in anderen europäischen Ländern zurück. Kinderfreundlichkeit bemisst sich dabei weder allein an der Höhe des Kindergeldes noch an der Menge staatlicher Betreuung. Zuerst einmal muss sich die Gesellschaft den Bedürfnissen von Kindern und ihren Familien anpassen und nicht umgekehrt. Zum anderen bleiben auch hier die individuellen Möglichkeiten, die Wahlfreiheit, evident. Kinder und Eltern brauchen nicht überall Kinderkrippen und Schulhorte. Aber sie brauchen die Möglichkeit einer guten und ausreichenden Betreuung nach ihren Bedürfnissen und ihrer Wahl. Kinder und Eltern brauchen nicht Spielplätze an jeder Ecke, aber ausreichend und sicheren Platz zum Leben mit Kindern in den Städten, Orten und Wohnungen. Für die von der rot-grünen Regierung gestartete Initiative zu mehr Kinderbetreuung heißt das, zielgenau und bedarfsgerecht zu handeln. Ob für unter Dreijährige die Betreuung zu Hause, Krippenplätze, Tagesmütter, Waldkindergärten, Spielgruppen oder andere Betreuungsmöglichkeiten gebraucht werden, muss Sache der Eltern bleiben. Ob längere Betreuungszeiten der Kindertagesstätten für Eltern und Kinder wichtiger sind als die Schaffung zusätzlicher Krippenplätze, muss nach dem Bedarf im Dialog mit den Kommunen entschieden werden. Fest steht: die Entwicklungschancen der Kinder haben Priorität. Familie und Beruf vereinbaren zu können, muss in Deutschland für Männer und Frauen selbstverständlich werden.

Starke Kommunen – aktive Bürger

Wer die Zivilgesellschaft aktivieren will, muss die Kommunen stärken. Engagement von Unternehmern, von Bürgerinnen und Bürgern beginnt fast immer im eigenen Umfeld. Die Gestaltungsspielräume der Kommunen, was Finanzen und was Zuständigkeiten angeht, müssen erweitert werden. Egal ob die Bewohner eines Ortes sich in Vereinen, der Feuerwehr, der Jugendarbeit engagieren oder sich die städtische Kultur zu Eigen machen und für ihr Theater kämpfen – nur dort, wo tatsächlich etwas zu bewegen und zu verändern ist, wird Engagement auch dauerhaft bleiben. Die Gemeindefinanzreform wird Grundlage der Stärkung der Kommunen sein. Sie wird die Finanzkraft der Kommunen auf eine breite und solide Basis stellen und das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Gemeinde festigen. Dabei geht es im Sinne eines aktivierenden Föderalismus darum, Ländern und Kommunen Anreize zu bieten, erfolgreich zu wirtschaften – bei gleichzeitiger Beibehaltung des Solidarprinzips. Wir brauchen außerdem eine Reform unseres föderalen Systems, welche die derzeit unübersichtlichen Kompetenzen der verschiedenen staatlichen Ebenen überdenkt und Ländern und Gemeinden mehr Gestaltungsspielräume gewährt.

Offensive für den Mittelstand: Wir bringen die Kleinen groß raus

Der Mittelstand ist unser Partner für eine nachhaltige ökologische und soziale Marktwirtschaft. Der Mittelstand bietet 70 Prozent der Arbeitsplätze und über 80 Prozent der Ausbildungsplätze an. Er ist damit das Herz einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Es sind nicht die kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre Geschäftssitze ins Ausland verlegen. Der Mittelstand ist es nicht, der Steuer- und Abgabenminimierung betreiben kann. Es ist der Mittelstand, der in unserer Wirtschaft höchst flexibel und innovativ ist. Es sind die mittelständischen Unternehmer, die Verantwortung für die Gesellschaft, für ihre Beschäftigten und unsere Umwelt tragen. Wir brauchen eine Mittelstandsoffensive, die sich auf sechs Bereiche erstreckt: eine Initiative für mehr Existenzgründungen; eine Initiative zur Sicherung der Eigenkapitalbildung des Mittelstands, eine Initiative zum Abbau von Bürokratie, eine Initiative zur Modernisierung der Ausbildung, eine Initiative für mehr Innovationen im Mittelstand und eine Initiative zu Gunsten des außenwirtschaftlichen Engagements der kleinen und mittleren Unternehmen.

Standortvorteil Verbraucherschutz

Unter heutigen Globalisierungsbedingungen gehen Güter und Dienstleistungen wie auch Informationen über nationale Grenzen hinweg. Unternehmen nutzen die internationale Arbeitsteilung für sich und stehen gleichzeitig im internationalen Preis und Qualitätswettbewerb. Soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit stellt sich zunehmend als globale Aufgabe. Der Verbraucherschutz stellt im 21. Jahrhundert neue Anforderungen an den Staat und die Unternehmen. Neuere Ansätze der Informationsökonomie zeigen: Qualitätsproduktion kann vom Käufer nur honoriert werden, wenn sie auch wahrgenommen werden kann. Fehlendes Verbrauchervertrauen kann ganze Märkte nachhaltig stören. Eine auf Information und Transparenz ausgerichtete Verbraucherschutzpolitik wird zum Standortfaktor.

Ein Unternehmen, ob als Dienstleister oder im Produzierenden Gewerbe, das sich hierauf nicht einstellt, wird dauerhaft am Markt Probleme bekommen. Gerade die deutsche Industrie wird sich im Globalisierungsgeschehen nur im Qualitätswettbewerb – unter Einbeziehung hoher Verbraucherschutzstandards – erfolgreich behaupten können.

Die Verbraucherpolitik von Bündnis 90/Die Grünen steht im Einklang mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Staatliche Aufgaben sind dabei, für umfassenden Schutz der Verbraucher sowie für breite Information und Orientierung zu sorgen und somit die Souveränität der Verbraucherinnen und Verbraucher zu ermöglichen. Mehr Wahlfreiheit und Transparenz schaffen ein hohes Maß an Entscheidungskompetenz auf Seiten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das betrifft den Verbraucherschutz in der Dienstleistungsgesellschaft wie in modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Deshalb braucht der wirtschaftliche Verbraucherschutz neue gesetzliche Rahmenbedingungen. Ein Verbraucherinformationsgesetz und eine sichere Rechtsstellung der Verbraucher gehören ebenso dazu wie ein umfassendes Initiativrecht für den Verbraucherschutz in allen Bereichen.

Deutschland weltoffen und bürgerfreundlich gestalten Zuwanderung regeln

Ein modernes Land braucht ein zeitgemäßes Zuwanderungsgesetz. Die Gestaltung der Arbeitsmigration, die Integration von hier lebenden Migranten und Flüchtlingen und die Gewährleistung humaner Standards in der Flüchtlingspolitik sind Eckpunkte einer modernen Einwanderungspolitik. Eine weltoffene Gestaltung der Zuwanderung macht Deutschland als Standort attraktiv für Studierende aus dem Ausland und für hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die wir brauchen.

Arbeitsmigration soll flexibel und nach den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes gestaltet werden. Die Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland muss umfassend gewährleistet werden. Die Integration von Migranten muss gesetzlich geregelt werden. Weitere Anstrengungen für die nachholende Integration der schon bei uns lebenden Zuwanderer sind eine gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Ebenen. Dieses Jahrzehnt soll das Jahrzehnt der Integration werden.

Mit einem Informationsfreiheitsgesetz wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger gegenüber dem Staat zeitgemäß verbessern. Wir wollen ein Antidiskriminierungsgesetz auf der Grundlage der Vorarbeiten der 14. Wahlperiode auf den Weg bringen und die beiden EU-Richtlinien hierzu umsetzen.

Auch die EU-Richtlinien zur Gleichstellung der Geschlechter werden wir zügig umsetzen und uns dafür einsetzen, dass jede Form unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung abgebaut und die Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz gefördert wird.

Europa der Bürgerinnen und Bürger

Wir begrüßen den erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit 10 Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas. Damit wird die Spaltung Europas endgültig überwunden. Die Solidarität mit den Beitrittsländern ist für uns historische Verpflichtung und Investition in die Zukunft zugleich. Von einer erweiterten EU werden wir sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und kulturell gerade auch in Deutschland profitieren. Die Herausforderung wird nun sein, diese größere Gemeinschaft auf einen gemeinsamen Wertekodex zu gründen, sie auf ein tragfähiges demokratisches Fundament zu stellen und ihre Handlungsfähigkeit sicher zu stellen.

Deshalb braucht die EU eine Verfassung, wie sie derzeit im Konvent erarbeitet wird. Den Kern der Verfassung bildet die europäische Grundrechtecharta. In die Zielsetzung der Verfassung sollen unter anderem Nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit aufgenommen werden. Das Europäische Parlament und die Kommission als Wahrer des gemeinsamen Interesses sollen gestärkt und der Kommissionspräsident durch das Parlament gewählt werden. Der Ministerrat soll mit qualifizierter Mehrheit entscheiden.

Außerdem brauchen wir eine genauere Abgrenzung der Zuständigkeiten, damit klar wird, wofür Brüssel verantwortlich ist und wofür Nationalstaaten, Regionen und Kommunen. In einigen Bereichen müssen die Kompetenzen der EU gestärkt werden. Hierzu gehört die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik genauso wie eine verstärkte Justiz- und Innenpolitik.

Das Erweiterungsprojekt ist keineswegs abgeschlossen. Wir begrüßen, dass für Bulgarien und Rumänien 2007 als Zieldatum für den Beitritt festgelegt wurde und unterstützen die Beschlüsse von Kopenhagen zur Türkei. Die Türkei hat seit 1963 eine europäische Perspektive. Seit 1999 ist sie offizieller Beitrittskandidat. Wie alle übrigen Beitrittsländer, muss die Türkei politische und wirtschaftliche Anpassungen vornehmen, damit die Beitrittsverhandlungen beginnen können. Nur wenn die Türkei über stabile und demokratische Institutionen verfügt, wenn an ihrer Rechtsstaatlichkeit kein Zweifel besteht und wenn sie die Menschen und Minderheitenrechte garantiert, werden die Verhandlungen aufgenommen.

In der jetzigen Situation ist es notwendig, die begonnenen Reformen in der Türkei zu würdigen. Sowohl der Regierung als auch der Bevölkerung muss ein Signal gegeben werden, dass Beitrittsverhandlungen möglich sind und nach Erfüllung der Kopenhagener Kriterien beginnen können. Daher wollen wir die Türkei auch weiterhin ermutigen, den Weg nach Europa zu gehen.